

## **Arabischer Pluralismus ohne Freiheit und das Ende des israelischen Selbstbetrugs**

**von Reiner Bernstein \***

Die arabischen Staaten befinden sich inmitten tiefgreifender Umbrüche aufgrund ihrer Reformunfähigkeit. Der Zorn gegen die Regierenden in Tunesien ist nur der jüngste Beleg für die Herausforderungen, vor denen die arabische Region zwischen Maghreb und Mashrek steht. Sie werden alle Energien binden. Die Epochen der Repressionen gegen die Opposition – sei sie islamisch-religiös oder säkular-demokratisch geprägt – nähern sich dem Ende. Ob das Mubarak-System 2011 überlebt, erscheint ungewiss. Aufgrund der öffentlichen Abneigung, die seinem Sohn Gamal entgegenschlägt, ist eine zumindest interimistische Machtübernahme seitens des Militärs nicht auszuschließen. Nach dem Auszug der Hisbollah aus der Regierung in Beirut steht die politische Zukunft Libanons auf der Kippe. Noch unterdrückt in Syrien das Regime die Artikulation oppositioneller Stimmen. In Jordanien wird die Fortdauer der legislativen und exekutiven Vorrechte des Königs von großen Teilen der urbanen Öffentlichkeit abgelehnt.

Für weiterführende Ansätze in der arabischen Außenpolitik zur gestaltenden Einflussnahme auf den israelisch-palästinensischen Konflikt bleibt mehr denn je keine Kraft, nachdem schon in der Vergangenheit die jeweiligen nationalen Interessen die Implementierung der Arabischen Friedensinitiative seit 2002 blockiert haben. Trotz der Zulassung mancher Parteien, die einen Pluralismus der politischen Teilhabe vorspiegeln, sind die Parlamentswahlen

---

\* Eindrücke, Erfahrungen und Ergebnisse aus Gesprächen in Kairo, Damaskus, Amman, Israel (Tel Aviv, Jerusalem, Haifa, Nazareth) und Ramallah zwischen dem 09. und 17. Januar 2011 auf Einladung von Wolfgang Gehrcke, MdB (Fraktion DIE LINKE). München, 19.01.2011. Zu den andauernden Massenprotesten in der arabischen Welt vgl. die Menüleiste „Chronologie“ in dieser Homepage.

durchgängig eine Posse der herrschenden Eliten. Der jordanische Botschafter hat längst seine Residenz in Israel geräumt, ohne dass die dortige Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen hat. Dass die Autonomieregierung in Ramallah vor ihrem UN-Beobachtersitz in New York erstmals die palästinensische Flagge hisste, unterstrich ihre Überzeugung, dass sie im Falle künftiger Verhandlungen mit Israel nichts mehr zu verlieren hat – und von den arabischen Nachbarn nichts zu erwarten.

Die arabischen Gärungen korrespondieren in Israel mit der sich weitenden Kluft zwischen der arabisch-palästinensischen Minderheit und der jüdischen Bevölkerungsmehrheit. Die politisch-gesellschaftliche und wirtschaftlich-infrastrukturelle Unterprivilegierung und Diskriminierung, an denen sich seit Jahrzehnten nichts Wesentliches geändert hat, stärken im arabisch-palästinensischen Teil erneut jene extremen Einflüsse, welche die Grundsatzfrage nach der Legitimität des Staates Israel stellen.

Die oppositionellen Demonstrationen in der arabischen Welt bestätigen die Regierung Benjamin Netanyahus in ihrer Überzeugung, dass der Staat Israel die einzige und wehrhafte Bastion gegen Gewaltausbrüche im Mittelmeerbecken sei. Zumal nach der Implosion der Labour-Fraktion sieht Netanyahu keine Notwendigkeit zu Zugeständnissen gegenüber der arabisch-palästinensischen Bevölkerung im Innern und zugunsten der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank und in Ost-Jerusalem, gleichgültig ob er sie will oder nicht. Die Demonstration des liberalen israelischen Friedenslagers von Juden und Arabern am 15. Januar 2011 kann nicht über deren politische Schwäche hinwegtäuschen. Dass sie wiederum in Tel Aviv und nicht in Jerusalem stattfand, ist bezeichnend.

Der international geförderte Aufbau von palästinensischen Sicherheitsstrukturen in der Westbank hat erhebliche Belastungen für die Bevölkerung mit sich gebracht. Damit eine Proklamation des

Staates Palästina nicht in einen Polizeistaat münde, werden von palästinensischen Menschenrechtsgruppen das Ende der Militärgerichtsbarkeit in zivilen Angelegenheiten, die Freilassung aller politischen Gefangenen, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Kommunal- und Parlamentswahlen verlangt.

Nach dem Rückzieher der US-Administration aus der diplomatischen Direktverantwortung im November 2010 richten sich alle Augen im israelischen Friedenslager und in Kreisen der Palästinensischen Autonomiebehörde auf Europa. Nach den Enttäuschungen, die dem französischen Präsidenten gelten, sind die Erwartungen hoch, dass besonders die deutsche Bundesregierung ihre vermehrte Verantwortung als neues nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat ernst nimmt. Dabei dürfe es nicht allein um die Stützung der völkerrechtlichen Verbindlichkeit einer Proklamation des Staates Palästina im Sommer 2011 gehen. Notwendig sei vielmehr die begleitende Bekräftigung der „Essentials“ (Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge, Sicherheit). Wer es trotz aller politischen und diplomatischen Enttäuschungen und Katastrophen mit dem Staat Israel gut meinen will, sollte auf das Ende des Selbstbetrugs seiner Regierung und weiter Teile seiner Öffentlichkeit dringen.

Im Zuge ihrer Dankesrede bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Universität Tel Aviv und bei den Gesprächen im Rahmen der Regierungskonsultationen wird die Bundeskanzlerin gebeten, das israelische Kabinett nachdrücklich aufzufordern, ihr Konzept zur Zwei-Staaten-Regelung auf den Tisch zu legen. Um die allenthalben vorgetragenen Sicherheitsbedenken zu zerstreuen, könne Frau Merkel der israelischen Regierung und der (jüdisch-)israelischen Öffentlichkeit zusichern, dass bei Erfüllung der „schmerzhaften Zugeständnisse“ („painful concessions“) der Staat Israel im Falle existenzbedrohender Zuspitzungen von seinen Freunden nicht alleingelassen werde.

